Zeitschrift: Berner Zeitschrift für Geschichte

Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Bern

Band: 78 (2016)

Heft: 1

Artikel: Bauern - Büezer - Neinsager? : Sozialer Wandel und Abstimmungsverhalten im Stadtteil VI

Autor: Hatz, Beat

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-658204

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bauern – Büezer – Neinsager?

Sozialer Wandel und Abstimmungsverhalten im Stadtteil VI

Beat Hatz

Geht ein Graben durch die Stadtgemeinde Bern?

Am 22. September 2013 stimmten die Bernerinnen und Berner über eine *Zone für Wohnexperimente* ab. Der Stadtrat beabsichtigte mit der Vorlage in Riedbach, im Westen des Stadtteils VI Bümpliz-Oberbottigen, ein Gebiet umzuzonen und sanitäre Anschlüsse sowie Stromquellen zu errichten, damit Stadtnomaden dort dauerhaft in Hütten- und Wagensiedlungen leben können und einen legalen Standort erhalten. Das Vorhaben wurde mit 54,0% Ja-Stimmen gutgeheissen.[1] Lediglich die Bewohnerinnen und Bewohner von Bümpliz-Oberbottigen sprachen sich mit 74,0% gegen die Vorlage aus. Das Nein-Komitee stellte «einen offensichtlich tiefen Graben zwischen dem Stadtteil VI und den restlichen Stadtteilen» fest.[2] Die neue Regelung stellte eine Abkehr vom bis dahin geltenden Rotationsprinzip dar, welches die Stadtnomaden quartalweise in unterschiedlichen Stadtteilen platziert hatte. Das Nein-Komitee leitete daraus ab, dass «unangenehme Nachbarn gerne nach Bümpliz abgeschoben werden».[3] Dass diese Vorlage im direkt betroffenen Gebiet Bedenken ausgelöst hatte, hielten auch die Befürworter der *Zone für Wohnexperimente* für «nachvollziehbar».[4] Der angesprochene Graben überrascht bei dieser Abstimmung vielleicht in seinen Ausmassen, aber durchaus nicht in seiner Grundsätzlichkeit. Dass Bümpliz-Oberbottigen oft auch anders abstimmt, wenn es nicht direkt betroffen ist, zeigen nachfolgende Beispiele.

Die Initiative *Schliessung und Verkauf der Reitschule* wurde am 26. September 2010 von 68,4% der Bernerinnen und Berner aus den Stadtteilen I–V abgelehnt. Bümpliz-Oberbottigen befürwortete sie als einziger Stadtteil mit einem 50,9% Ja-Anteil. In diesem Fall kann von keiner lokalen Betroffenheit die Rede sein. Der Stadtrat stellte sich in der Abstimmungsbotschaft gegen die Initiative, da er in der Reithalle eine langjährige Kulturinstitution sah, die Leben in die sonst etwas träge Verwaltungsstadt bringe.[5] Für die Befürworter aus rechtskonservativen Kreisen war dagegen nicht tragbar, dass die Reitschule als ein rechtsfreier Raum, als «Drogendealerplatz» und «Rückzugsort für gewalttätige Demonstrantinnen und Demonstranten» fungiere.[6] Ein weiteres Abstimmungsergebnis, das im Rahmen der Grabendiskussion in der Stadt Bern wiederholt herangezogen wurde, ist jenes der Initiative *Bärenparking*, über die am 1. Juni 2008 befunden wurde. Ziel war es, im Bereich Bärengraben/Klösterlistutz eine Parkgarage mit 250 bis 300 Parkplätzen zu realisieren.[7] Damit sollten die Parkierungsmöglichkeiten in unmittelbarer Umgebung des Bärenparks erhöht so-

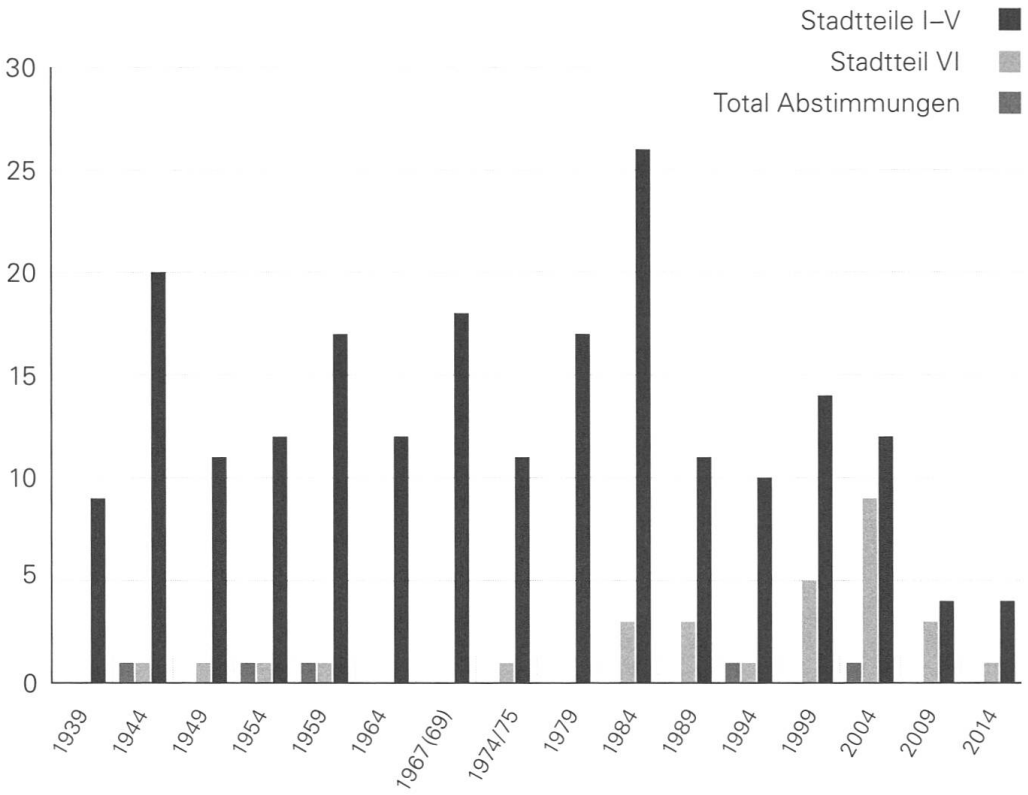
wie eine Aufwertung für die Bewohner, Gewerbetreibenden und Besuchenden der Altstadt erreicht werden. Gegen die Initiative sprachen umweltpolitische Ziele der Stadt Bern und topografische Herausforderungen im Bereich des geplanten Parkings.[8] Das *Bärenparking* wurde gesamtstädtisch mit 65,2% der Stimmen abgelehnt. Die meiste Zustimmung erfuhr die Vorlage im Stadtteil VI mit einem verhältnismässig geringeren Nein-Anteil von 54,5%. Die Stadtteile I–V – Innere Stadt, Länggasse-Felsenau, Mattenhof-Weissenbühl und Lorraine-Breitenrain – wehrten sich gegen das Vorhaben mit 63,3% bis 70,0% Nein-Stimmen.

Bei den Resultaten sowohl zum *Bärenparking* als auch zu *Schliessung und Verkauf der Reitschule* sowie zur *Zone für Wohnexperimente* fallen zwei Aspekte auf: Einerseits liegen die Ja-Anteile der Stadtteile I–V ziemlich nahe beisammen, andererseits tanzt das Ergebnis aus Bümpliz-Oberbottigen stark aus der Reihe. Mitunter weicht Bümpliz-Oberbottigen teilweise so stark vom Mittelwert der restlichen Stadtteile ab, dass der Stadtteil VI das Zünglein an der Waage spielt. Um die soeben geschilderten Beobachtungen – basierend auf Einzelbeispielen – zu verifizieren, wurden im Stadtarchiv Bern die Abstimmungsresultate der kommunalen Vorlagen in Fünfjahresschritten nach den sechs Stadtteilen gesondert erhoben. Es ergab sich daraus eine Datenreihe von 215 Gemeindeabstimmungen, die in der Regel quartalweise abgehalten wurden. Die aktuellsten kompletten Ergebnisse lagen aus dem Jahr 2014 vor, weshalb ab diesem Jahr rückwärts in Fünfjahresschritten die Daten erhoben wurden (2014, 2009, 2004, 1999 etc. bis 1939). Ausser für zwei Untersuchungsjahre (1969 und 1974) waren die Stimmenzählerkarten vollständig im Stadtarchiv greifbar. Um die Datenlücke aus dem Jahr 1969 zu schliessen, wurden die Abstimmungen aus dem Jahr 1967 und somit die zeitlich nächstmöglichen Resultate aufgenommen. Im Jahr 1974 sind nur die Stimmenzählerkarten aus einem Quartal erhalten. Die fehlenden Quartale wurden mit den Resultaten des Jahres 1975 ergänzt. Nebst den quantitativen Aussagen des vorliegenden Beitrags wurden besonders augenfällige Abstimmungsbeispiele ausserhalb der Untersuchungsjahre gezielt recherchiert und als Illustration in den Fliesstext einbezogen. Bis ins Jahr 1949 waren die Resultate in den damaligen vier statt heute sechs Stadteinteilungen erhoben worden, nämlich Mittlere Gemeinde (Innere Stadt), Obere Gemeinde (Länggasse-Felsenau, Mattenhof-Weissenbühl), Untere Gemeinde (Kirchenfeld-Schosshalde, Lorraine-Breitenrain) und Bern-Bümpliz. Da es bei der Erhebung der Daten darauf ankam, die Abstimmungsresultate vom heutigen Stadtteil VI jenen der anderen fünf Stadtteile als Ganzes gegenüberzustellen, beeinflusste der Wechsel von vier auf sechs Stadtbezirke die Analyse der folgenden Arbeit nicht.

«Mutter mit Kind» von Schang Hutter am Bachmätteli in Bümpliz, 4. April 1995. Unter dem Motto «mehr Weniger» organisierten die Kirchgemeinden von Bümpliz in der Osterzeit 1995 eine Ausstellung von Werken des Solothurner Bildhauers Schang Hutter (geb. 1934), der im Jahr zuvor die Erweiterung des Friedhofs Bümpliz mitgestaltet hatte. Die Skulpturen, welche die Verletzlichkeit des Menschen ausdrücken und im öffentlichen Raum aufgestellt waren, provozierten heftige Reaktionen: Figuren, die gequälte Opfer von Gewalt symbolisieren, erlitten selbst Gewalt. – *Foto: Peter Studer, Bern, 36/35A.*

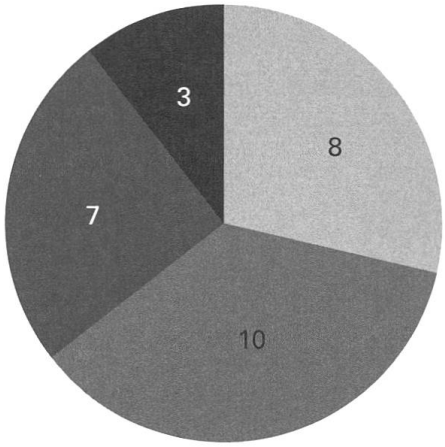
In einer ersten Betrachtung der Daten stellte sich heraus, dass die einzelnen Stadtteile Berns in aller Regel (83,6% aller ausgewerteten Abstimmungen) homogen abstimmen. Das heisst, dass die Ja-Anteile der einzelnen Stadtteile nicht mehr als 10% vom Mittelwert aller Stadtteile abweichen. Kommt es allerdings zu einem Abweichen vom gesamtstädtischen Mittelwert, sind nur in vier Fällen (1,9% aller ausgewerteten Abstimmungen) andere Stadtteile als Bümpliz-Oberbottigen dafür verantwortlich. Diese Fälle lassen sich mit lokaler Betroffenheit erklären, wie folgendes Beispiel darlegt: Die Bewohner des Stadtteils Länggasse-Felsenau stimmten am 4. Juli 1959 zur Umstellung der Tramlinie Hauptbahnhof–Länggasse auf Trolleybuslinie durch die Länggassstrasse mit 58,5% der Stimmen im Vergleich zum gesamtstädtischen Ja von 74,3% verhalten zu. Es gab im Quartier Befürchtungen, die Anschlüsse an die SBB-Züge würden durch die Umstellung verschlechtert sowie die Haltestelle am Falkenplatz aufgehoben.[9]

Anzahl Abstimmungsresultate nach Stadtteilen mit mehr als 10% Abweichung vom Gesamtresultat



Bümpliz-Oberbottigen weicht bei 28 Vorlagen (13,1% aller ausgewerteten Abstimmungen) um mindestens 10% vom städtischen Schnitt ab. Nur ein kleiner Teil dieses Verhaltens der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des sechsten Stadtteils kann mit lokaler Betroffenheit begründet werden. Beispielsweise stimmten am 23. Mai 1959 ganze 89,0% aller Bewohner eben dieses Stadtteils für die *Erstellung eines Schulpavillons und einer Turnhalle Oberbottigen*, wohingegen die restlichen Stadtteile mit 76,3% etwas verhaltener zustimmten.[10] Es handelte sich bei dem Bau um ein Vorhaben, von welchem die Bevölkerung vor Ort direkt profitierte und deshalb für einmal deutlich über dem Schnitt der restlichen Stadtteile lag. Das Gegenteil ist jedoch häufiger der Fall: Die Bewohnerinnen und Bewohner Bümpliz-Oberbottigens stimmen im Vergleich zur restlichen Stadt weniger deutlich Ja.

Abweichungsmuster des Stadtteils VI
(Abweichung mehr als 10% vom Gesamtresultat)



Rechtsbürgerlicher Stadtteil VI (8)

Regierungskritischer Stadtteil VI (10)

Umzonungskonservativer Stadtteil VI (7)

Weitere (3)

Generell lassen sich drei Muster erkennen, bei welchen sich der Stadtteil VI besonders häufig divergierend zu den restlichen Stadtteilen verhält. Erstens ist in Bümpliz-Oberbottigen die Befürwortung rechtskonservativer respektive die Ablehnung links-grüner Anliegen stärker. Mit der Initiative *Für einen autofreien Bahnhofplatz*, über welche am 27. September 2009 abgestimmt wurde, war die Hoffnung auf eine touristische Aufwertung des Platzes und eine bessere Erreichbarkeit des Stadtzentrums mit öffentlichen Verkehrsmitteln verbunden.[11] Dagegen sprach, dass keine Alternative für den heutigen Verkehrsfluss von 20 500 Autos pro Tag aufgezeigt wurde und dass ein Mehrverkehr in Quartierstrassen drohte. Die Initiative wäre in den ersten fünf Stadtteilen mit 52,1% angenommen worden. Aufgrund des deutlichen Widerstands aus Bümpliz-Oberbottigen (66,2% Nein-Stimmen) kamen am Ende gesamthaft nur 49,0% Ja-Stimmen zusammen, womit das Anliegen abgelehnt wurde.

Muster Rechtsbürgerlicher Stadtteil VI		Ja-Anteil Stadtteile I–V	Ja-Anteil Stadtteil VI
27.09.2009	Initiative Für einen autofreien Bahnhofplatz	52,1%	33,8%
16.05.2004	Reklamereglement	59,0%	48,2%
13.06.1999	Fuss- und Veloinitiative	37,7%	25,0%
13.06.1999	Stichfrage Fuss- und Veloinitiative und Gegenvorschlag (Ja = Vorzug eingereichte Initiative)	32,0%	20,6%
13.06.1999	Sanierung Reitschule (1. Etappe): Kredit	53,9%	33,0%
04.12.1994	Vertrag über die Beteiligung an der Musikschule der Stiftung Konservatorium Bern	74,5%	60,6%
26.11.1989	Sanierung der Baracken Bolligenstrasse 85–89 (Truppenunterkunft/ Flüchtlingszentrum)	68,3%	53,7%
26.11.1989	Initiative Tempo 30 – Für bessere Luft, weniger Lärm, mehr Sicherheit	42,7%	29,6%

Vorlagen zu Zonenänderungen sind das zweite Muster, bei welchem Bümpliz-Oberbottigen häufig Nein stimmt oder zumindest weniger deutlich Ja sagt als die restliche Stadt. Die Abstimmung vom 16. Mai 2004 zum *Zonenplan Fellerstrasse 11*, welche die Umnutzung des Gebäudes der ehemaligen Tuchfabrik *Schild AG* in Bümpliz zu Schulräumlichkeiten der *Hochschule der Künste Bern* anstrebte, wurde von den Stadtteilen I–V deutlich mit 84,5% Ja-Anteil und äusserst homogen (Höchstwert: 86,6%, Tiefstwert: 82,4%) angenommen.[12] Bümpliz-Oberbottigen hingegen stimmte vergleichsweise stark abweichend mit nur 70,1% Ja-Stimmen zu. Dieses Muster kann mit Beispielen ergänzt werden, welche Umzonungen ausserhalb von Bümpliz-Oberbottigen betrafen. Auch in der Abstimmung zum *Zonenplan Brunnmatt-Ost* vom 26. September 2004 stimmten die Stadtteile I–V mit 85,3% der Vorlage deutlich zu, während der sechste Stadtteil einen tieferen Ja-Anteil von 72,3% einlegte. Über die Motive der Bewohnerinnen und Bewohner von Bümpliz-Oberbottigen zu einer vergleichsweise schwachen Zustimmung zu Umzonungen kann nur spekuliert werden. Einerseits können, analog Nein beim autofreien Bahnhofplatz, konservative Ansichten gegenüber der Stadtentwicklung im Allgemeinen und der städtischen Zonenplanung im Speziellen als Argumente vermutet werden. Andererseits ist auch eine grundsätzlich regierungskritische Grundeinstellung denkbar.

Muster Konservativer Stadtteil VI bei Umzonungen innerhalb des Stadtteils VI		Ja-Anteil Stadtteile I–V	Ja-Anteil Stadtteil VI
16.05.2005	Zonenplan Fellerstrasse 11	84,5%	70,1%
28.11.1999	Änderung der Planung Brünnen	67,8%	51,3%
26.11.1989	Gegenvorschlag zur Initiative Trotz allem: Brünnen bleibt grün	65,5%	52,3%
23.09.1984	Planung Brünnen mit Teilzonenplan	46,6%	29,9%
23.09.1984	Zonenordnung für Bümpliz-West II	71,6%	59,2%

Muster Konservativer Stadtteil VI bei Umzonungen ausserhalb des Stadtteils VI		Ja-Anteil Stadtteile I–V	Ja-Anteil Stadtteil VI
26.09.2004	Zonenplan Brunnmatt-Ost	85,3%	72,3%
26.09.2004	Zonenplan Ausserholligen IV	84,5%	70,7%

Diese Art oppositioneller Meinungsäusserung an der Urne kann als drittes Muster betrachtet werden, welches in mehreren Abstimmungsergebnissen zu erkennen ist. Darunter ist nicht nur Opposition gegen eine momentan dominierende, städtische Linke gemeint, sondern ein grundsätzlicher Abwehrreflex gegenüber jeglichem Machtzuwachs der Regierung sowie ein Bestreben um eine Reduktion der Mittel und Möglichkeiten der politischen Entscheidungsträger. In der Abstimmung vom 8. Februar 2004 wurde dem Volk die Initiative *200 000 Franken sind genug* vorgelegt, welche den Maximallohn des Stadtpräsidiums, des Gemeinderats sowie der leitenden Angestellten plafonieren wollte.[13] Die Initiative wurde von 69,9% der Stimmenden von Bümpliz-Oberbottigen angenommen. Der Mittelwert der restlichen Stadtteile lag bei 54,3% Ja-Stimmen. Der Gemeinderat legte dem Volk jedoch auch einen abgeschwächten Gegenvorschlag vor, der ebenfalls gesamtstädtisch angenommen wurde. Die einzelnen Stadtteile verteilten sich zwischen 52,6% und 55,8% Zustimmung. Einzig Bümpliz-Oberbottigen durchbrach die Homogenität und lehnte den Gegenvorschlag wuchtig ab, indem nur 40,6% Ja-Stimmen zusammenkamen. Da beide Vorlagen angenommen wurden, musste die Stichfrage entscheiden. Dort trat wiederum Bümpliz-Oberbottigen als Zünglein an der Waage in Erscheinung. Sämtliche Stadtteile ausser dem Stadtteil VI entschieden sich in der Stichfrage mit 50,2% bis 53,6% für den Gegenvorschlag. Da jedoch Bümpliz-Oberbottigen mit 63,3% den Initiativtext deutlich bevorzugte, kippte der gesamtstädtische Stichentscheid durch das Resultat aus Bümpliz-Oberbottigen von 51,7% für den Gegenvorschlag zu einem 51,0%-igen Ja zugunsten der Initiative. Eine vergleichbare regierungskritische Position zeigte der Stadtteil VI am gleichen Tag in der Abstimmung zur Initiative *5 statt 7 Gemeinderatsmitglieder*, welche eine Reduktion der städtischen Exekutivmitglieder bezweckte. Mit 68,0% Ja-Stimmen übernahm Bümpliz-Oberbottigen in dieser Frage die Spitzenreiterrolle, wohingegen die restlichen Stadtteile einen Mittelwert von 57,5% erzielten.

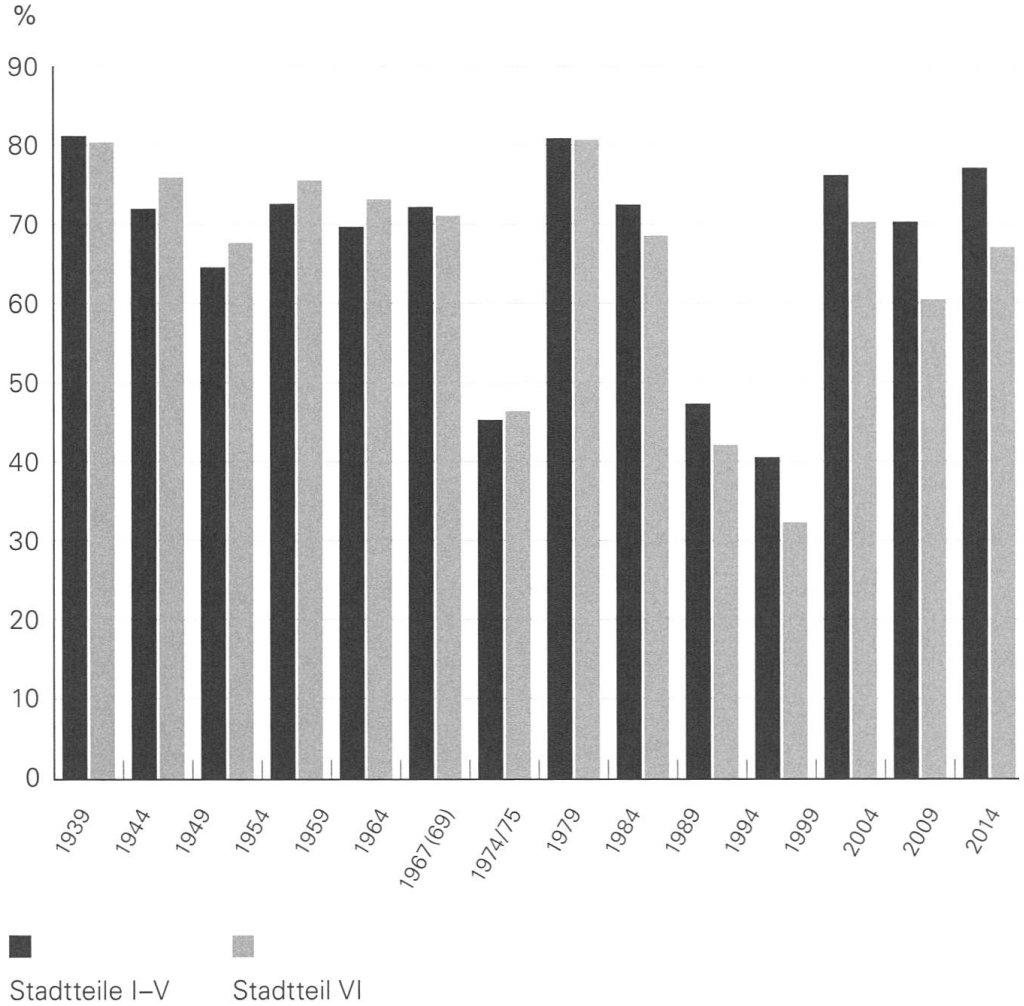
Muster Regierungskritischer und oppositioneller Stadtteil VI		Ja-Anteil Stadtteile I–V	Ja-Anteil Stadtteil VI
30.11.2014	Budgetvoranschlag 2015	79,3%	67,4%
29.11.2009	Budgetvoranschlag 2010	72,8%	60,8%
17.05.2009	Einführung der Regionalkonferenz Mittelland	89,7%	79,6%
16.05.2004	Totalrevision des Reglements über die politischen Rechte	73,6%	57,1%
08.02.2004	Initiative 5 statt 7 Gemeinderatsmitglieder	57,5%	68,0%
08.02.2004	Initiative 200 000 Franken sind genug	54,3%	69,9%
08.02.2004	Gegenvorschlag zur Initiative 200 000 Franken sind genug	53,8%	40,6%
08.02.2004	Stichfrage Initiative und Gegenvorschlag 200 000 Franken sind genug (Ja = Vorzug eingereichte Initiative)	48,3%	63,3%
18.04.1999	Totalrevision der Gemeindeordnung der Stadt Bern	75,4%	62,9%
14.09.1975	Gemeindeinitiative Für Majorzwahl des Gemeinderates	52,3%	32,0%

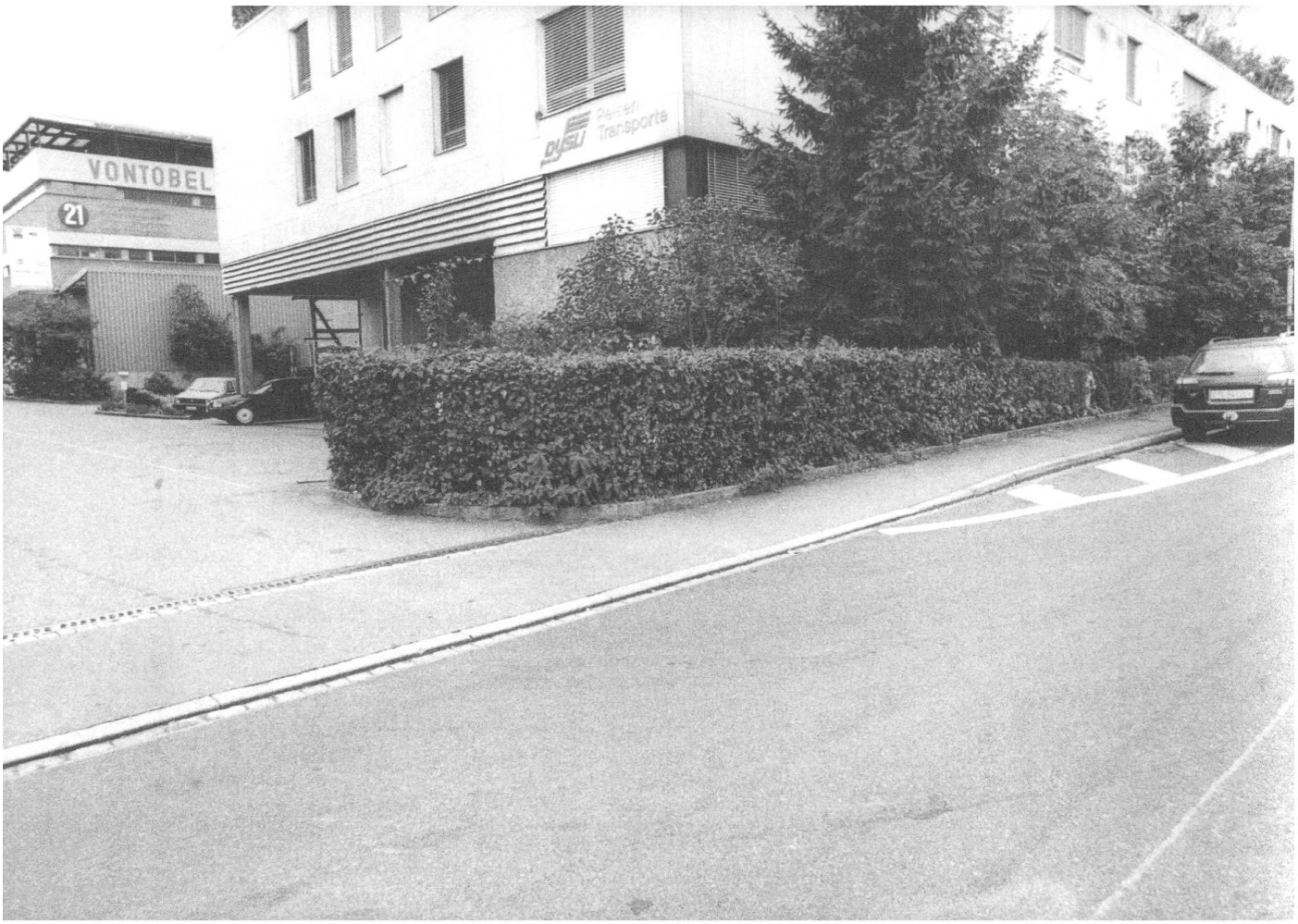
Politgeografische Zeitenwende

Das regierungskritische Abstimmungsverhalten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Bümpliz-Oberbottigen wird bei den jährlich stattfindenden Abstimmungen zum *Budgetvoranschlag* deutlich. Die Budgetvoranschläge werden in der Regel klar angenommen, sie beinhalten keinen lokalen Bezug zu einem Stadtteil und sind auch nicht in dem Sinne politisch aufgeladen wie oben beschriebene Abstimmungen zu den Initiativen *Schliessung und Verkauf der Reitschule* oder *Bärenparking*. Dennoch ist ein zunehmender Graben zwischen dem Abstimmungsverhalten von Bümpliz-Oberbottigen und den restlichen Stadtteilen festzustellen. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums in den 1940er- bis in die 1990er-Jahre ist gesamtstädtisch ein sehr homogenes Abstimmungs-

verhalten zu erkennen. Die Ja-Anteile liegen nahe beisammen, wobei Bümpliz-Oberbottigen bis in die 1970er-Jahre den Budgetvoranschlägen tendenziell deutlicher zustimmt als der städtische Mittelwert (4,4% mehr Ja-Anteil bis 1,3% weniger Ja-Anteil gegenüber den Stadtteilen I–V). Eine politgeografische Zeitenwende beginnt ab dem Untersuchungsjahr 1984. Von da an stimmt der Stadtteil VI zuerst bis in die 1990er-Jahre nur leicht (4,7% unter dem Mittelwert der Stadtteile I–V) und ab der Jahrtausendwende deutlich weniger zustimmend (7,2% bis 11,8% unter dem Mittelwert der Stadtteile I–V) ab.

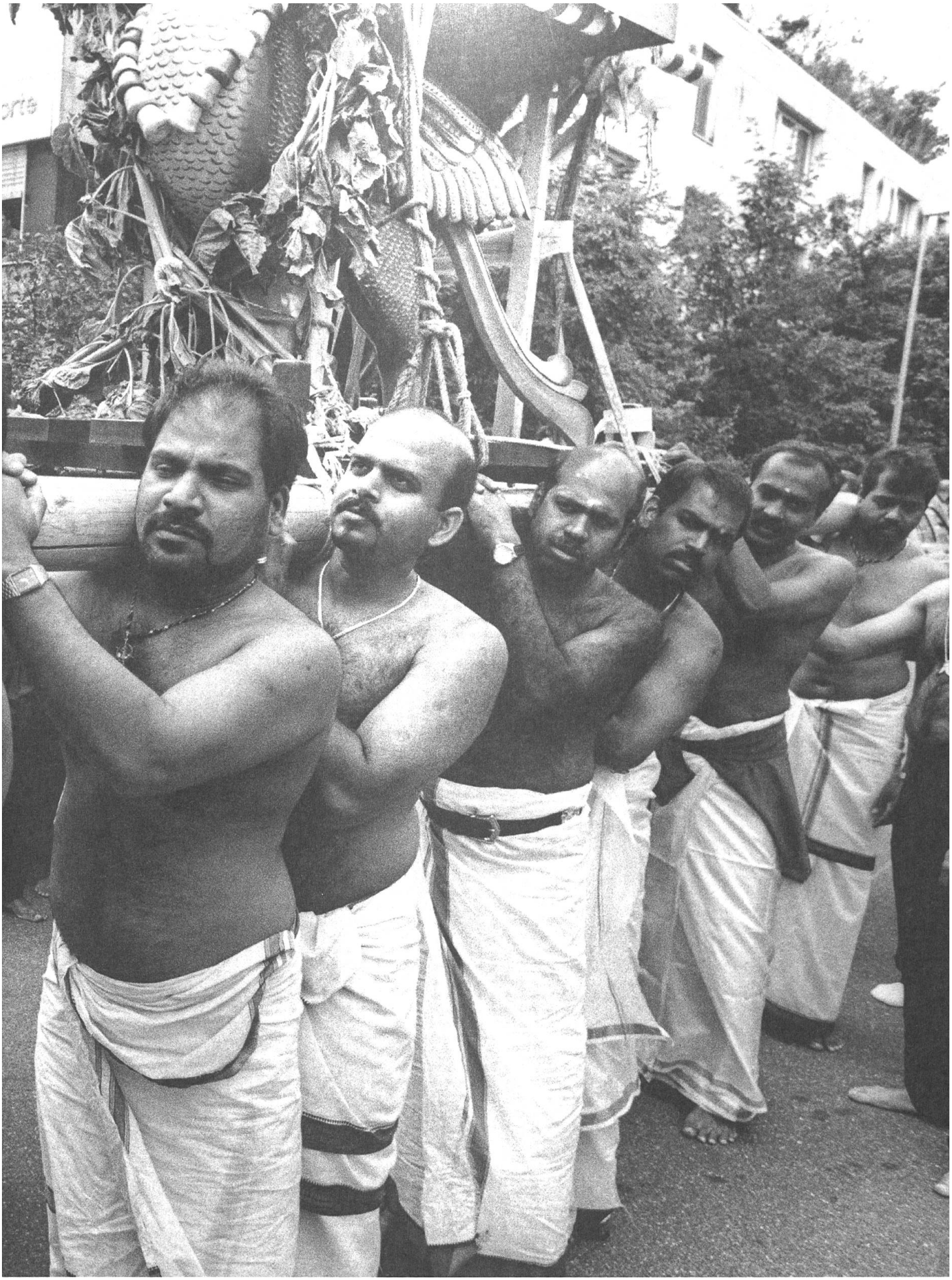
Ja-Anteile zu Budgetvoranschlägen





Die Looslistrasse im Bethlehemer Quartier Untermatt, Juli 2000. Das Bethlehemer Quartier Untermatt weist neben einer der höchsten Armutsquoten auch einen hohen Ausländeranteil auf. Entsprechend hoch ist die Zahl der Angehörigen nicht christlicher Religionen. Eine Studie über das Image von Bümpliz-Bethlehem schlug 1998 vor, das hier praktizierte Zusammenleben verschiedener Weltreligionen als Beitrag zu Frieden und Integration aufzunehmen und zu fördern. 2014 konnte das Haus der Religionen am Europaplatz als einzigartige Institution für den interreligiösen Dialog eröffnet werden.
Nächste Seite: Prozession der Tamilen zu Ehren des Gottes Murugan in der Looslistrasse, 9. Juli 2000. – *Fotos: Peter Studer, Bern, 534/3 + 533/4.*

VONTOBEL
21



Wie bei den Abstimmungen zu den Budgetvoranschlägen ist auch bei anderen Vorlagen ab den 1980er-Jahren zu beobachten, dass sich der Stadtteil VI von den restlichen Stadtteilen entfernt. Bei allen Abweichungen von mehr als 10% tanzten die Stadtteile I–V in den 1940er- und 1950er-Jahren dreimal und in den 1990ern sowie in den 2000ern je einmal aus der Reihe (Diagramm *Anzahl Abstimmungsresultate nach Stadtteilen mit mehr als 10% Abweichung vom Gesamtresultat*). Wie anhand des Beispiels *Umstellung Tram- zu einer Trolleybuslinie durch die Länggasse* erwähnt, handelt es sich dabei um Fälle von lokaler Betroffenheit sowie um wenige allgemeine Ausnahmen. Es darf somit von wenigen und konstant über den gesamten Untersuchungszeitraum verteilt auftretenden Abweichungen gesprochen werden. Bümpliz-Oberbottigen hatte jedoch begonnen, ähnlich wie bei den Budgetvoranschlägen, ab dem Jahr 1984 gehäuft vom Mittelwert der restlichen Stadtteile abzuweichen. Im Jahr 1984 wich Bümpliz-Oberbottigen bei drei von 23 Abstimmungen (11,5%) um mehr als 10% vom reststädtischen Mittelwert ab. Bis in die Gegenwart wuchs die Abweichquote bis zu 75,0% (2004, 2009) gegenüber den Stadtteilen I–V an.

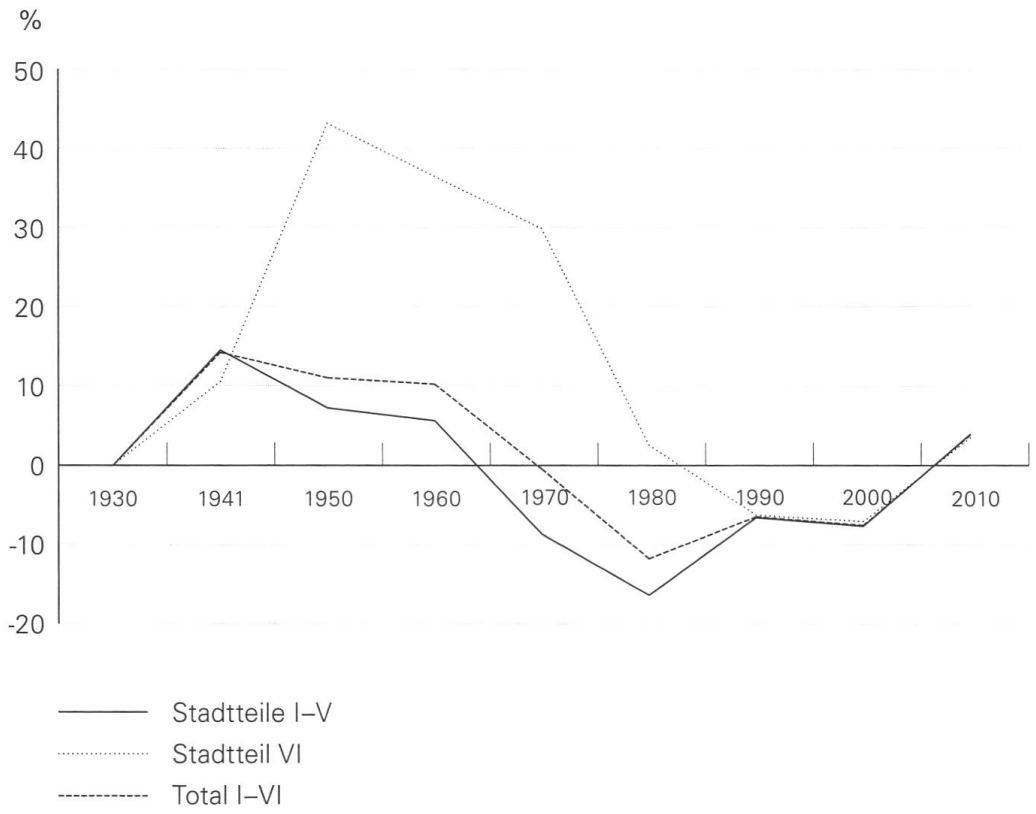
Demografischer Wandel in Bümpliz

Das Abweichen des Stadtteils VI ab den 1980er-Jahren gegenüber den restlichen Stadtteilen ist mit dem Wachstum von Bümpliz-Oberbottigen zu erklären. Die Bevölkerungszahl des Stadtteils VI nahm Mitte des 20. Jahrhunderts im innerstädtischen Vergleich überproportional zu. Die gesamte Stadt Bern verzeichnete in den Jahren 1930, 1940, 1950 und 1960 jeweils ein Bevölkerungswachstum von etwas mehr als 10%. In Bümpliz-Oberbottigen entwickelte sich die Bevölkerung zwischen 1930 und 1941 ähnlich wie das gesamtstädtische Wachstum. In den folgenden drei Zehnjahresschritten zwischen 1941 und 1970 verzeichnete der Stadtteil VI ein Wachstum zwischen 29,8% und 43,1%.[14]

Mit diesem Wachstum erhielt Bümpliz-Oberbottigen mehr Gewicht in den städtischen Abstimmungen. Erst dadurch wurde es möglich, dass es die Rolle als Zünglein an der Waage einnehmen konnte. Als Beispiele dazu dienen die bereits vorgestellte Initiative *Für einen autofreien Bahnhofplatz* sowie der Stichentscheid zwischen der Initiative *200 000 Franken sind genug* und dem Gegenvorschlag aus dem Jahr 2004. Zwei weitere vom gesamtstädtischen Stimmvolk abgelehnte Abstimmungen aus den Untersuchungsjahren 1974/75 und 1984 wären ohne das deutliche Nein aus Bümpliz-Oberbottigen angenommen wor-

den. Bezeichnenderweise handelte es sich dabei um Abstimmungen, welche mit der beginnenden respektive der grossen Bevölkerungsexplosion im Stadtteil VI stattfanden.

Prozentuale Entwicklung der Einwohnerzahl in Zehnjahresschritten



Muster Stadtteil VI als Zünglein an der Waage		Ja-Anteil Stadtteile I–V	Ja-Anteil Stadtteil VI
27.09.2009	Initiative Für einen autofreien Bahnhofplatz	52,1%	33,8%
		Schlussresultat: 49,0% Ja	
08.02.2004	Stichfrage Initiative und Gegenvorschlag 200 000 Franken sind genug (Ja = Vorzug eingereichte Initiative)	48,3%	63,3%
		Schlussresultat: 51,0% Ja	
26.02.1984	Erwerb der Liegenschaft Bernstrasse 1, Kirchlindach	51,8%	38,5%
		Schlussresultat: 49,3% Ja	
14.09.1975	Gemeindeinitiative Für Majorzwahl des Gemeinderates	52,3%	32,0%
		Schlussresultat: 49,2% Ja	

Die Phase der parallel verlaufenden Bevölkerungsentwicklung bis in die Mitte der 1940er-Jahre war in Bümpliz städtebaulich von neu errichteten Ein-, Zwei- und Reiheneinfamilienhäusern geprägt. In Riedbach und Oberbottigen hingegen blieb die dörfliche Struktur bestehen.[15] Eine Durchmischung der maximal dreigeschossigen Wohnhaus-Quartiere durch mehrgeschossige Gebäude wie beispielsweise im Stöckacker in den 1940er- bis 1950er-Jahren ermöglichte den rasanten Bevölkerungsanstieg.[16] Das Bedürfnis, ausserhalb des Stadtzentrums zu leben, hing mit dem Wunsch nach einer grösseren Wohnung im Grünen und dem gestiegenen Wohlstand sowie der Motorisierung der Gesellschaft zusammen, die es ermöglicht hatte, zum Arbeitsort zu pendeln.[17] Damit begann in Bümpliz die erste Phase der Hochhausbauten. 1965 wurde die Überbauung Tscharnergut abgeschlossen, welche Bümpliz 1186 neue Wohnungen in Hochhäusern mit teilweise 20 Stockwerken brachte.[18] Diese mehrheitlich aus dreieinhalb Zimmern bestehenden Wohnungen waren für junge Familien entworfen worden und entsprechend preiswert zur Vermietung ausgeschrieben.[19] In den folgenden Jahren kam es bis in die frühen 1970er-Jahre zu weiteren, ähnlichen Überbauungen wie beispielsweise dem Kleefeld, dem Bethlehemacker oder dem Schwabgut.[20] Dieses Angebot an neuem Wohnraum ermöglichte den überproportionalen Bevölkerungszuwachs im Gebiet von Bümpliz und Beth-

lehem gegenüber der restlichen Stadt. Bei genauerer Betrachtung dieses Zuwachses muss beachtet werden, dass er sich nicht alleine aus stimmberechtigten Zuwandernden bildet. Während der wirtschaftlichen Blüte der Nachkriegszeit kamen viele Ausländerinnen und Ausländer als billige Arbeitskräfte in die Schweiz und liessen sich unter anderem in Bümpliz und vor allem in Bethlehem als kostengünstiger Wohngegend nieder.[21]

Der Höchstwert an Ausländerinnen und Ausländern im innerstädtischen Vergleich wird als ein Faktor gesehen, der in Bümpliz-Oberbottigen zu einem politischen Umdenken führte.[22] Bümpliz hatte sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vom ehemaligen Bauerndorf zu einem Wohnort für Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Personen aus dem Dienstleistungsbereich mit kleinen bis mittleren Einkommen entwickelt.[23] Die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stillten den durch den wirtschaftlichen Aufschwung der 1960er- und 1970er-Jahre gestiegenen Bedarf an Arbeitskräften und füllten die Lücken in den Tieflohnberufen. Daneben führte der Zuwachs an ausländischer Bevölkerung und das gleichzeitig nachlassende Interesse der Schweizerinnen und Schweizer am Wohnen in Hochhaussiedlungen dazu, dass zuerst Migrantinnen und Migranten aus Italien und Spanien und ab den 1980er-Jahren aus Jugoslawien sowie aus Sri Lanka diesen günstigen Wohnraum nutzten.[24] Im Tscharnergut machten im Jahr 1990 die Arbeiterfamilien – mittlerweile mehrheitlich ausländischer Herkunft – erstmals die Hauptberufsgruppe aus. Das Tscharnergut hatte zwar stets den Ruf einer Arbeitersiedlung, was es bis in die 1980er-Jahre aber nicht war. Vielmehr hatten Schweizer Angestellte der PTT, der SBB, der städtischen Verkehrsbetriebe und der Polizei die Mehrheit gestellt.[25]

Ab den 1980er-Jahren fiel im Stadtteil VI der Anteil an Schweizerinnen und Schweizern mit statustiefen Berufen auf das Niveau der restlichen Stadt.[26] Parallel dazu begann der Abstieg der SP als bisher klar stärkste Partei in Bümpliz-Oberbottigen.[27] Auch sank mit der besseren Anbindung an die Stadt durch öffentliche Verkehrsmittel die persönliche Beziehung zu Bümpliz, da viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Stadtzentrum pendelten.[28]

Die Durchmischung der Gesellschaft war zusehends schwerer zu realisieren geworden, da in den Abgrenzungen der Unter- und Mittelschicht dieselben Linien verliefen wie jene zwischen Schweizerfamilien und ausländischen Familien.[29] Durch diese doppelwandige Trennung hatten sich Hemmschwellen und Unkenntnis der jeweils anderen Gruppe gebildet, was wiederum zu Vorurteilen und Abneigungen gegenüber Migrantinnen und Migranten führte.[30]

Es ist dies die Grundlage, anhand der sich die rechtsbürgerliche Haltung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Bümpliz-Oberbottigen in den obigen Abstimmungsbeispielen manifestiert hatte.

Aus politologischen Untersuchungen zum Verhältnis von Schweizer Städten, ihrer Agglomeration und den ländlichen Gebieten können weitere Erkenntnisse zum Graben zwischen Bümpliz-Oberbottigen und den restlichen Stadtteilen abgeleitet werden. Bümpliz-Oberbottigen gehört wegen seiner städtebaulichen Struktur und der Distanz zur Kernstadt – Bümpliz und Riedbach liegen ebenso weit vom Hauptbahnhof entfernt wie Ostermundigen und Utzigen – unter soziogeografischen Gesichtspunkten zur Agglomeration.[31] Gerade in Migrationsfragen erfasste die Agglomeration grosser Städte eine Abkehr vom städtischen Stimmverhalten hin zu einem ländlichen Abstimmungsverhalten. Der Stadt-Land-Gegensatz zeigte sich anhand von eidgenössischen Abstimmungen zu Migrations- und Öffnungsfragen deutlich seit mindestens den 1970er-Jahren.[32] In den 1990er-Jahren öffnete sich dann der Graben zwischen der Kernstadt und der Agglomeration. Zuerst war der Graben nicht an Migrationsthemen, sondern generell an links-grünen Positionen der Kernstadt zur Sicherheits-, Sozial- und Verkehrspolitik gegenüber rechtsbürgerlichen Vorstellungen in der Agglomeration wie auch auf dem Land zu erkennen. Ab dem Jahr 2000 schwenkte die Agglomeration auch in Migrationsfragen auf das eidgenössische Abstimmungsverhalten des Landes über und entfernt sich damit von den Werten der Kernstadt.[33] Dass sich die Agglomeration politisch von der Kernstadt entfernt hatte, hat nicht nur damit zu tun, dass Schweizer Bewohnerinnen und Bewohner der Agglomeration mit dem Wunsch einer zentrumsnahen Wohnlage weniger an Urbanität, Dichte und Multikulturalität als an ländlichen Strukturen interessiert sind.[34] Das Auseinanderdriften hängt auch damit zusammen, dass die Stadt Bern – und damit auch die Kernstadt – linker geworden ist. Die Stadt Bern hat noch 1970 mit 50,7% Ja-Stimmen (Schweiz: 46,0% Ja-Stimmen) die Überfremdungsinitiative, die sogenannte *Schwarzenbach-Initiative,* angenommen.[35] Andere grosse Schweizer Städte erwiesen sich zu der Zeit als weniger rechtskonservativ und lehnten die *Schwarzenbach-Initiative* ab.[36] In der neuesten Abstimmung mit vergleichbarem Sachgehalt, der Masseneinwanderungs-Initiative, stimmte die Stadt Bern mit 27,7% Ja-Anteil deutlich unter dem gesamtschweizerischen Resultat (50,3% Ja-Stimmen) und rutschte dementsprechend bei Migrationsthemen nach links.[37]

Wenn wir uns die abweichenden Abstimmungen mit dem Trend, wonach gegen Ende des Untersuchungszeitraums im Stadtteil VI gehäuft anders als in den

restlichen Stadtteilen abgestimmt wird, vor Augen führen, dann deckt sich diese Feststellung des Berner Grabens mit den gesamtschweizerischen Studien zum Auseinanderdriften von Kernstadt und Agglomeration ab den 1990er-Jahren. Ebenso deckt sich die These des Grabens durch die Stadtgemeinde Bern mit den Wahlresultaten zum Stadtpräsidenten aus dem Jahr 2000. Der freisinnige Kurt Wasserfallen verbuchte im Stadtteil VI 51% Wählerstimmen, während sein sozialdemokratischer Rivale in der einstigen «Büezer-Vorstadt» und SP-Hochburg nur noch auf 46% der Wählerstimmen kam.[38] Es kann anhand dieser kommunalen Wahldaten und den oben zitierten eidgenössischen Abstimmungen abgeleitet werden, dass sich nicht nur die Agglomeration aufgrund der sich ab den 1990er-Jahren bildenden rechtskonservativen Mehrheitspositionen von der Stadt entfernte; auch der Linksrutsch, welcher die Stadt Bern ab den 1970er-Jahren erfasste, hat zur stärkeren Ausprägung dieses Effekts der politischen Polarisierung beigetragen.[39]

Fazit

Es kann also festgehalten werden, dass bei der Analyse der städtischen Abstimmungsergebnisse tatsächlich ein Graben zwischen Bümpliz-Oberbottigen und den restlichen fünf Stadtteilen besteht. Als Zeitpunkt des Spatenstichs können die 1980er-Jahre ausgemacht werden. Das Ausheben des Grabens darf als gemeinsame Arbeit mehrerer Faktoren betrachtet werden. Erstens hat der Stadtteil VI mit seiner Bevölkerungsexplosion zwischen 1940 und 1970, dem Anstieg des Wohlstands der Schweizer Bevölkerung, der in Bümpliz teilweise nicht stattfindenden Vermischung der Angehörigen verschiedener Nationalitäten und dem damit verbundenen Herauskristallisieren von Mehrheiten für rechtsbürgerliche Positionen sein politisches Profil verändert. Zweitens wiederfuhr den restlichen Stadtteilen ein zur Jahrtausendwende einsetzender Linksrutsch, der das Auseinanderdriften der Kernstadt mit der Agglomeration akzentuiert hat.

Anmerkungen

1 Sämtliche Abstimmungsdaten stammen aus: SAB_1032, Gemeindeabstimmungen und Wahlen, 1939–2014.

2 Der Bund, 23.9.2013, 21: Die Berner wagen das Experiment.

3 Ebd.

4 Der Bund, 23.9.2013, 1: Wer zieht in die neue Hüttendorf-Zone?

5 SAB_SR_3, Stadt Bern, Botschaft des Stadtrats an die Stimmberechtigten. Gemeindeabstimmung vom 26.9.2010, 24.

6 Ebd.

7 SAB_SR_3, Stadt Bern, Botschaft des Stadtrats an die Stimmberechtigten. Gemeindeabstimmung vom 1.6.2008, 38.

8 Ebd.

9 Der Bund, 3.7.1959, 7: Wie der Busbetrieb Bahnhof–Länggasse organisiert wird.

10 Der Bund, 25.5.1959, 3: Annahme von fünf Sachvorlagen.

11 SAB_SR_3, Stadt Bern, Botschaft des Stadtrats an die Stimmberechtigten. Gemeindeabstimmung vom 27.9.2009, 14.

12 SAB_SR_3, Stadt Bern, Botschaft des Stadtrats an die Stimmberechtigten. Gemeindeabstimmung vom 16.5.2004, 47.

13 SAB_SR_3, Stadt Bern, Botschaft des Stadtrats an die Stimmberechtigten. Gemeindeabstimmung vom 8.2.2004, 17, 22.

14 Barth, Robert; Erne, Emil; Lüthi, Christian (Hrsg.): Bern – die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Bern 2003, Anhang, 332–333; SAB_1077, Stadt Bern, Statistisches Jahrbuch 2000, 40; SAB_1077, Stadt Bern, Statistisches Jahrbuch 2010, 36.

15 Erne, Emil (Red.): Bümpliz – Königshof, Bauerndorf, Stadtteil. Zur Geschichte der alten Gemeinde Bümpliz und des Stadtteils VI der Stadt Bern. Bern, Bümpliz 1994, 42.

16 Schnell, Dieter et al.: Stadtführer Bern. Wohn- und Siedlungsbau in Bümpliz. Bern 2006, 47.

17 Hermann, Michael; Leuthold, Heiri: Atlas der politischen Landschaften. Ein weltanschauliches Portrait der Schweiz. Zürich 2003, 37.

18 Schnell, Dieter: Wohnen und Wohnungsbau. In: Martig, Peter et al. (Hrsg.): Berns moderne Zeit. Das 19. und 20. Jahrhundert neu entdeckt. Bern 2011, 165.

19 Bäschlin, Elisabeth: Im Tscharnergut zuhause. Die erste Berner Gesamtüberbauung im Wandel der Zeit. In: Lüthi, Christian; Meier, Bernhard (Hrsg.): Bern – eine Stadt bricht auf. Schauplätze und Geschichten der Berner Stadtentwicklung zwischen 1798 und 1998. Bern, Stuttgart, Wien 1998, 205.

20 Ebd., 200; Schnell (wie Anm. 16), 46, 56, 70, 74, 78.

21 Barth/Erne/Lüthi (wie Anm. 14), 238; SAB_1077, Stadt Bern, Statistisches Jahrbuch 2013, 306f.; Hermann/Leuthold (wie Anm. 17), 37.

22 Ziegler, Maya: Marginalisierung peripherer Arbeiterquartiere. Schleichender soziostruktureller Wandel in städtischen Aussenquartieren und seine Auswirkungen auf die Weltanschauung aufgezeigt am Beispiel Zürich, Bern und Winterthur. Diplomarbeit am Geographischen Institut der Universität Zürich. Zürich, März 2002, 80.

23 Ebd., 83.

24 Blumer, Daniel; Stienen, Angela: Problemquartiere? Die Logik sozialräumlicher Segregation. In: Stienen, Angela (Hrsg.): Integrationsmaschine Stadt? Interkulturelle Beziehungsdynamiken am Beispiel von Bern. Bern, Stuttgart, Wien 2006, 133.

25 Bäschlin (wie Anm. 19), 208.

26 Blumer/Stienen (wie Anm. 24), 144.

27 Berner Zeitung, 29.5.2004, 29: Rechtsrutsch im Westen.

28 Flückiger, Daniel: Für Wohlstand und Frieden. Der Strassenbau im frühen 19. Jahrhundert. In: Martig (wie Anm. 18), 383f.; Lüthi, Christian: Soziale Schichten und Gruppen in Stadt und Land. In: Martig (wie Anm. 18), 152.

29 Blumer/Stienen (wie Anm. 24), 138.

30 Stienen, Angela: Verborgene Einschluss- und Ausgrenzungsdynamik im Stadtteil. In: Stienen (wie Anm. 24), 350.

31 Der Bund, 24.9.2013, 17: Geht ein Graben durch Bern?

32 Hermann, Michael: Politgeographische Studie zur Masseneinwanderungsinitiative. Zürich 2014, 32.

33 Der Bund, 25.10.2014, 2: Die Zukunft liegt in der Agglo; Hermann (wie Anm. 32), 33f; Hermann/Leuthold (wie Anm. 17), 62.

34 Hermann (wie Anm. 32), 34.

35 Berner Tagwacht, 8.6.1970, 1: Zwar knapp verworfen – aber Bern nimmt an.

36 Der Bund (wie Anm. 33), 2.

37 Hermann (wie Anm. 32), 10.

38 Berner Zeitung (wie Anm. 27), 29.

39 Hermann, Michael: Werte, Wandel und Raum. Theoretische Grundlagen und empirische Evidenzen zum Wandel regionaler Mentalitäten in der Schweiz. Dissertation an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Zürich 2006, 273; Tagesanzeiger, 2.12.2004, 12: Ein Graben der Werte trennt Stadt und Land.